

(Abgeordneter Kleinhempel.)

(A) Der Herr Abgeordnete Sindermann hat dann den Wehrbeitrag mit erwähnt. Es werden ja jetzt sehr viel Stimmen darüber laut, daß er ein außerordentlich hohes Erträgnis zeitigen könnte. Ich bin von dem Ergebnis, das sich dabei herausstellt, überrascht, das gebe ich zu, aber ich weiß, daß damit die kapitalkräftigen Leute, die man dadurch hat treffen wollen, auch außerordentlich belastet werden. Ich habe nicht finden können, daß etwa außerordentliche Steuerhinterziehungen stattgefunden haben. Aber wenn solche vorgekommen sind, dann sind sie überall vorgekommen: bei den Beamten und bei den Gewerbetreibenden, bei den Arbeitern und bei den Kapitalisten.

(Zuruf: Bei den Beamten nicht!)

Das ist ganz klar, meine Herren: was das Steuerfach anlangt, so drücken sich die Arbeiter genau so gut wie Beamte und Gewerbetreibende.

(Heiterkeit.)

Meine Wahrnehmungen gehen dahin: unsere Einschätzung zur Einkommen- und zur Ergänzungssteuer in unserem Sachsenlande ist schon jetzt so durchsichtig und so durchgebildet, daß wenig Fälle von Steuerhinterziehungen vorkommen können.

(B) (Lebhaftes Sehr richtig!)

Ich arbeite schon seit 24 Jahren mit als Mitglied einer Einschätzungskommission und bin mehrere Jahre Vorsitzender einer solchen Kommission und weiß aus eigener Erfahrung, daß da nicht viele durchschlüpfen. Aber wir sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhmes.

(Heiterkeit.)

Meine Herren! Auf Grund der Bedenken, die ich hier ausgesprochen habe, bin ich und ist die Mehrzahl meiner politischen Freunde nicht imstande, den Anträgen zuzustimmen, wir werden sie ablehnen.

(Bravo!)

**Präsident:** Ehe ich das Wort weiter gebe, möchte ich die Tagesordnung für morgen verkünden.

Ich beraume die nächste Sitzung an auf Mittwoch den 18. März 1914, nachmittags 2 Uhr, und setze auf die Tagesordnung:

1. Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 88 und 89 des ordentlichen Staatshaushalts-Stats für 1914/15, Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts und Evangelisch-lutherisches Landeskonsistorium betreffend. (Drucksache Nr. 289.)

II. R. (1. Abonnement.)

2. Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 94 und 95 des ordentlichen Staatshaushalts-Stats für 1914/15, Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen, höhere Mädchenbildungsanstalten und Seminare betreffend, sowie über die dazu eingegangenen Petitionen. (Drucksache Nr. 287.)

3. Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Gesetzgebungsdeputation über das Königliche Dekret Nr. 22, den Entwurf eines Gesetzes über die Befreiung von Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen und Anstalten von der Krankenversicherungspflicht betreffend. (Drucksache Nr. 283.)

Das Wort hat nun der Herr Staatsminister v. Seydewitz.

**Staatsminister v. Seydewitz:** Meine sehr geehrten Herren! Der Standpunkt der Regierung zu den beiden vorliegenden Anträgen ist schon vom Herrn Minister des Innern in eingehender Weise dargelegt worden. Aber wie diese ganze Frage ja selbstverständlich das Finanzressort im hohen Maße berührt, so sind in der Debatte wiederholt Fragen zur Sprache gekommen, die direkt in meinen Geschäftskreis einschlagen; ich muß daher um die Erlaubnis bitten, hierzu einige wenige Bemerkungen zu machen.

Von mehreren Seiten ist der viel berufenen Überschüsse gedacht worden, und es ist dabei ausgeführt worden, daß bei einjährigen Finanzperioden solche Überschüsse in gleicher Weise nicht eintreten würden.

Nun, meine Herren, ich möchte da zunächst feststellen, daß auch in Staaten, die die einjährige Periode haben, wiederholt große Überschüsse zu beobachten gewesen sind. Das Deutsche Reich hat im Jahre 1911, wenn ich mich recht erinnere, 240 Millionen Mark Überschüsse gehabt und Preußen wiederholt nicht viel weniger. Ich könnte Ihnen noch andere Zahlen nennen, wo auch bei einjährigen Perioden sehr hohe Überschüsse eingetreten sind.

Abgesehen nun davon, meine Herren, daß Überschüsse ja an sich ganz gewiß kein Unglück sind,

(Sehr richtig! rechts. — Abgeordneter Brodauf: Es kommt darauf an, wodurch!)

möchte ich noch hinzufügen, daß die Überschüsse bei uns in Sachsen in der Hauptsache dadurch zu erklären sind, daß wir bisher unsere Stats in gewissem Sinne nicht richtig aufgestellt haben. Wir haben sehr viel Ausgaben in unseren außerordentlichen Etat aufgenommen, die richtigerweise in den ordentlichen Etat gehören. Dazu rechne ich vor allen Dingen die großen Ausgaben für Erweiterungen am bestehenden Bahnnetz, auch die für die